

Johannes Fischer

### **Der Krieg zwischen Israel und der Hamas und die deutsche Israel-Politik**

Der Schock des 7. Oktober 2023, des in seiner Brutalität unfassbaren Terroranschlags der Hamas, wirkt bis heute nach. Doch darf er nicht zur Tabuisierung von Fragen führen, die jetzt gestellt werden müssen. Als der slowenische Philosoph Slavoi Zizek es in seiner Rede bei der Frankfurter Buchmesse zu sagen wagte, dass man im Konflikt zwischen Israel und der Hamas die Lage der Palästinenser nicht vergessen dürfe und dass man auch ihnen zuhören und den Hintergrund des Konflikts beachten müsse, schlug ihm heftige Empörung entgegen. Man warf ihm vor, den Terror der Hamas relativiert und gerechtfertigt zu haben. Nicht anders erging es UN-Generalsekretär António Guterres, als er in einer offenen Sitzung des Sicherheitsrats sagte, dass der Terrorangriff der Hamas nicht „in einem Vakuum erfolgt“ sei und dass die Palästinenser seit mehr als fünf Jahrzehnten unter „erstickender Besatzung“ leiden. „Das Leiden des palästinensischen Volkes kann die entsetzlichen Angriffe nicht rechtfertigen. Und die entsetzlichen Angriffe können keine kollektive Bestrafung des palästinensischen Volkes rechtfertigen.“ Israels UN-Botschafter warf Guterres daraufhin vor, er habe in seiner Rede „Verständnis für Terrorismus und Mord“ zum Ausdruck gebracht.

Angesichts des Schocks des 7. Oktober sind solche Reaktionen nachvollziehbar. Um so wichtiger ist es, dass es Stimmen wie die von Zizek und Guterres gibt. Man sollte sich in diesen Tagen an den 11. September 2001 erinnern. Damals stand der gesamte Westen unter Schock, und es schien nur eine einzige Antwort auf die damaligen Terroranschläge zu geben, nämlich die Ausrottung des Bösen in Gestalt derer, die die Anschläge zu verantworten hatten. So ist man in Afghanistan einmarschiert, was sich im Nachhinein als katastrophaler Fehler erwies.

Wie damals steht auch die Gegenwart in der Gefahr, dass unter dem Eindruck des Terrors der Hamas Entscheidungen getroffen oder unterstützt werden, die man bei vernünftiger Betrachtung besser nicht treffen sollte. In Israel weiß man keine andere Antwort auf die Terroranschläge der Hamas als die militärische Besetzung des Gazastreifens und die Zerschlagung der Hamas. Es ist nicht zu erkennen, dass die israelische Führung darüber hinaus irgendeine Vorstellung davon hat, wie dieser Konflikt langfristig politisch gelöst werden soll. In Berlin wird man nicht müde zu versichern, dass Israel selbstverständlich das Recht hat, in den Gazastreifen einzumarschieren und die Hamas ein für allemal zu zerschlagen. Doch man

hört keine Stimme, die fragt, ob dies auch klug ist. Stattdessen werden die Deutschen von ihrer Regierung auf die bedingungslose Solidarität mit Israel eingestimmt. Die Sicherheit Israels ist deutsche Staatsräson.

Völlig ausgeblendet wird dabei, wie denn Israel selbst seine Sicherheit versteht. Johannes Becke, Professor für Israel- und Nahoststudien an der Hochschule für jüdische Studien in Heidelberg, hat in einem Artikel in der FAZ über eine bemerkenswerte Grabrede des damaligen israelischen Generalstabschefs Moshe Dayan berichtet, die dieser 1956 für den israelischen Kibbuznik Ro'i Rotberg gehalten hatte, der von palästinensischen Angreifern aus dem Gazastreifen ermordet worden war. In dieser Rede ruft Dayan nicht zur Rache auf. Ich zitiere Becke: „Er warnt davor, den Mördern von Ro'i die alleinige Schuld zu geben – und appelliert stattdessen an die jüdischen Israelis, die Verantwortung dafür zu übernehmen, dass dieser Mord überhaupt möglich wurde: ‚Ro'is Blut lastet nicht auf den Arabern von Gaza, sondern auf uns selbst.‘ Dayan wird noch deutlicher. Er fordert seine Zuhörer dazu auf, sich selbst in die Situation der palästinensischen Araber im Gazastreifen zu versetzen, um deren Feindschaft zu verstehen: ‚Seit acht Jahren sitzen sie in den Flüchtlingslagern im Gazastreifen – und vor ihren Augen haben wir uns das Land und die Dörfer, in dem sie und ihre Vorfahren lebten, zu eigen gemacht.‘ Gerade wer die Erfahrung der arabischen Palästinenser ernst nimmt, dürfe sich daher keine Illusionen machen über ihre feindseligen Absichten, die Dayan als ‚Meer von Hass und Rachelust‘ beschreibt. Ohne militärische Abschreckung kein jüdisch-israelisches Leben, oder um es mit Moshe Dayan zu formulieren: ‚Wir sind eine Generation, die das Land besiedelt, und ohne Stahlhelm und Gewehr werden wir nicht in der Lage sein, einen Baum zu pflanzen oder ein Haus zu bauen. Millionen Juden, die vernichtet wurden, weil sie kein Land hatten, blicken empor aus der Asche der israelischen Geschichte und verpflichten uns dazu, uns niederzulassen und ein Land für unser Volk aufzubauen““ So weit die Schilderung von Johannes Becke. Für diesen hat Dayan in dieser Grabrede „die Grundprinzipien für eine israelische Strategie der Illusionslosigkeit“ formuliert. In Beckes Sicht kam es zu den jetzigen Terroranschlägen der Hamas, weil das heutige Israel diese Grundprinzipien vergessen und sich in falscher Sicherheit gewiegt hat.

Es ist heute, nach dem Anschlag der Hamas, ein Tabu, den Hass auf palästinensischer Seite auf Israels Handeln gegenüber den Palästinensern zurückzuführen. Das wird mit dem Vorwurf der Relativierung und Rechtfertigung der Terroranschläge der Hamas gekontert. Deshalb ist die damalige Rede von Moshe Dayan heute hochaktuell. Ihm zufolge ist dieser Hass die Folge der

jüdischen Besiedlung Palästinas und der Gründung des Staates Israel, und gegen diesen Hass hilft nur die Androhung und Ausübung von militärischer Gewalt. Hoffnung auf wirklichen Frieden gibt es daher nicht. Das ist offenbar mit Beckes Rede von einer „Strategie der Illusionslosigkeit“ gemeint.

Was an Dayans Rede eigenartig berührt, ist die Tatsache, dass er seine Zuhörer zwar auffordert, die Verantwortung für den Hass auf palästinensischer Seite zu übernehmen, dass damit aber offensichtlich keine moralische Verantwortung gemeint ist. Die Zuhörer sollen sich in die Situation der palästinensischen Araber im Gazastreifen versetzen, nicht um sich deren Schicksal nahe gehen zu lassen, sondern um deren Feindschaft zu verstehen, gegen die es sich militärisch zu wappnen gilt. Es geht Dayan allein um das jüdisch-israelische Leben, nicht auch um das Schicksal der Palästinenser, deren Leid mit der jüdischen Besiedlung ihres Landes und mit der Gründung des Staates Israel begann.

Dayan hielt seine Rede mit Blick auf den Gazastreifen. Man ist versucht, sie im Blick auf das Handeln des heutigen Netanyahu-regierten Staates Israel im Westjordanland zu aktualisieren: „Versetzt euch in die Situation der palästinensischen Bevölkerung dort! Wir bauen vor ihren Augen unsere Siedlungen und eignen uns ihr Land an. Wir behandeln sie als Menschen zweiter Klasse, indem wir sie unter Kriegsrecht stellen, während für die jüdischen Siedler das Zivilrecht gilt. Haben sie nicht allen Grund, uns zu hassen? Wir müssen uns daher auf ihre Feindschaft einstellen und ihnen gegenüber eine Strategie der Illusionslosigkeit verfolgen.“ Ist es nicht genau diese Einstellung, welche das Denken und Handeln der heutigen politischen Führung Israels bestimmt, eines Landes, dessen Sicherheit die deutsche Regierung zur deutschen Staatsräson erklärt?

Es werden jetzt Parallelen zwischen dem Massaker der Hamas und dem Holocaust hergestellt. Doch dem Holocaust ging kein Unrecht und Leid voraus, das Juden Deutschen zugefügt hätten und das einen entsprechenden Hass auf deutscher Seite hervorgerufen hätte. Zwar gab es antisemitische Narrative, die Juden die Schuld an allem Möglichen anlasteten, doch diese entsprachen nicht der Realität. Das ist jetzt anders. Der Hass auf palästinensischer Seite hat seine Wurzeln in Unrechts- und Leiderfahrungen, die von israelischer Seite ausgegangen sind und bis heute ausgehen. Das ist wichtig im Blick auf die Beurteilung der jetzigen Situation. Angesichts der Erfahrung des Holocaust gesteht man Israel zu, dass Israel seine Sicherheit allein und konsequent auf die Androhung und Ausübung von militärischer Gewalt gründet.

Aber dass Israel selbst mit seinem Handeln das hervorruft, was seine Sicherheit gefährdet, nämlich den abgrundtiefen Hass in der arabischen und islamischen Welt, das will man nicht wahrhaben. Israel ist ein Volk von Opfern, nicht von Tätern. Und diesen Opfern gilt die deutsche Staatsräson.

Auch Moshe Dayan erwähnt in seiner Rede den Holocaust. Die Gründung des Staates Israel als sichere Heimstatt für alle Juden weltweit ist (auch) eine Reaktion auf den Holocaust gewesen. Hieraus resultiert die besondere Verantwortung Deutschlands für das Existenzrecht und die Sicherheit Israels. Doch wenn die Gründung des Staates Israel eine Folge des Holocaust ist, dann ist dies auch das Leid, das hierdurch über die palästinensische Bevölkerung gekommen ist und bis heute kommt. Daher gibt es eine besondere Verantwortung Deutschlands nicht nur gegenüber Israel, sondern auch für das Schicksal dieser Bevölkerung. Während der israelischen Politik bei ihrem Handeln in Ostjerusalem und im Westjordanland dieses Schicksal gleichgültig ist oder doch für sie nur insoweit Bedeutung hat, wie es Fragen der Sicherheit des Staates Israel und seiner Bevölkerung aufwirft, darf dieses Schicksal der deutschen Politik nicht gleichgültig sein.

Die deutsche Israel-Politik müsste sich daher eigentlich in aller Klarheit und Konsequenz von der israelischen Politik abgrenzen und eine eigene Linie verfolgen.<sup>1</sup> Sie müsste sich konsequent gegen die israelische Politik stellen, wo immer es um die Rechte der Palästinenser in Ostjerusalem und im Westjordanland geht. Doch das geschieht nicht. Vielmehr hat sie sich zum Vasallen der Politik Israels gemacht. Es ist bequem, sich auf die historische Schuld Deutschlands zurückziehen zu können mit dem Hinweis, dass diese der deutschen Politik Zurückhaltung bei der Kritik Israels auferlege. Man muss nämlich dann nicht hinschauen auf das, was dort tatsächlich passiert, sich nicht damit auseinandersetzen und Stellung beziehen. Nicht nur hat die deutsche Politik sich mit Kritik an Israel zurückgehalten. Sie hat sich auch gegen Initiativen für die Rechte der Palästinenser gestellt und deren Erfolg zu verhindern versucht. So hat Deutschland in der UN-Vollversammlung vom 30. Dezember 2022 gegen eine Resolution gestimmt, die den Internationalen Gerichtshof beauftragt, Israels „fortwährende Besetzung, Besiedlung und Annexion palästinensischer Gebiete“ zu prüfen.<sup>2</sup> Was kann

---

<sup>1</sup> Johannes Fischer, Jenseits der Moral. Zum Verhältnis zwischen Deutschland und Israel, <http://profjohannesfischer.de/wp-content/uploads/2019/11/Zum-Verh%C3%A4ltnis-zwischen-Deutschland-und-Israel.pdf>

<sup>2</sup> Johannes Fischer, Die Unehrllichkeit der deutschen Israel-Politik, <https://profjohannesfischer.de/wp-content/uploads/2023/01/Deutsche-Israel-Politik.pdf>

Deutschland ernstlich gegen eine solche Prüfung haben? Es gibt nur eine Erklärung für dieses Verhalten: den Schulterschluss mit der Politik Israels.

Mit seiner einseitigen Unterstützung Israels macht sich gegenwärtig der Westen die arabische und die islamische Welt zum Feind. Damit schwinden die Möglichkeiten, in diesem Konflikt noch vermitteln zu können. Andere Länder wie Russland und China bieten sich nun als Vermittler an. Deutschland muss seine Israel-Politik daher gründlich überdenken. Mit einem Land, das den Hass der Menschen, denen es Unrecht und Leid zufügt, von vorneherein in seine Sicherheitsstrategie einkalkuliert statt das Ziel zu verfolgen, diesen Hass nach Möglichkeit abzubauen, indem es Verständigung mit den Palästinensern sucht und seine Sicherheit hierauf gründet, darf es keine bedingungslose Solidarität geben. Denn andernfalls riskiert Deutschland, dass es in den Hass auf arabischer und islamischer Seite und in die hieraus resultierenden Konflikte hineingezogen wird.